

Der Tag begann mit einer Schlacht. Zwischen Elefanten und Wölfen, zwischen Polizei und Demonstranten. Die Demonstranten hatten ein Ziel: die EZB. Um sechs Uhr morgens trafen sie sich an verschiedenen Orten in der Stadt. Sie teilten sich in fünf Züge auf, fünf sogenannte „Finger“, denen Farben zugeordnet wurden. Grün, Blau, Rot, Pink und Gelb. Die Leute aus den jeweiligen Fingern waren angehalten, Kleidung in der entsprechenden Farbe zu tragen. Von verschiedenen Seiten wollte man auf die EZB zulaufen – wie auf eine Festung, die es zu erstürmen galt.

Der grüne Finger marschierte stadtauswärts über die Hanauer Landstraße, eine breite zweispurige Straße, die mit einem scharfen Knick auf die EZB zuläuft. Die Demonstranten, zwischen 1000 und 2000, sangen und zündeten Feuerwerk. Sie waren weithin zu hören. Als der Zug um die Kurve bog, stieß er auf die erste Verteidigungslinie. Drei Polizeiwagen standen mitten auf der Straße. Die Polizisten schienen überrascht, sie zogen hastig ihre Helme auf und versuchten, sich in Formation zu bringen. Die Türen ihrer Autos ließen sie offen.

Wie Wasser umströmte die Menge diese drei Autos, wenige Meter dahinter war der Stacheldraht, schon die letzte Barriere zwischen den Demonstranten und ihrem Ziel. Doch die Angreifer hielten inne. Keiner warf einen Teppich über den Stacheldraht, um darüber zu klettern. Niemand holte eine Zange hervor, um den Draht zu durchtrennen und hindurchzugelangen. Sie standen einfach nur da. Es war, als seien sie überrascht, dass sie so weit gekommen waren, mühelos.

Weiter hinten ging einer der Polizeiwagen schon in Flammen auf. Die nachrückenden Truppen hatten die Wagen mit Hämmern und Steinen bearbeitet. Scheiben wurden eingeschlagen. Beobachter berichten, dass noch Beamte in den Fahrzeugen waren. Währenddessen bauten die Angreifer an verschiedenen Stellen kleine Barrikaden mit dem Material einer nahe gelegenen Baustelle. Die Steine schlugen sich die Randalierer aus dem Pflaster. Sie teilten sich die Arbeit. Jeweils ein Randalierer schlug mit einem Vorschlaghammer auf den Boden, so dass er splitterte. Andere lösten dann mit kleinen Hämmern die Brocken heraus. Sie arbeiteten schnell und effizient.

Aus einer Nebenstraße kam eine Truppe Polizisten ihren Kollegen zur Hilfe. Sie schoss Tränengas in die Menge. Die Angreifer zerstreuten sich, einige zogen sich zurück, die Hanauer Landstraße stadteinwärts, eine Spur der Verwüstung hinterlassend. Brennende Barrikaden, eingeschlagene Scheiben. Nur wenige 100 Meter von der Schlacht entfernt plünderte eine Gruppe Vermummter eine Tankstelle. Ihre Beute: so viel Red Bull, wie sie tragen konnten. Auf der Straße lagen die Splitter von den Wartestationen der Straßenbahnhaltestelle wie Tausende Diamanten.



Frankfurt steht in Flammen. Autonome kämpfen mit der Polizei, es gibt Gefangene und Verletzte. Und plötzlich ist wieder alles ruhig. Von Francesco Giammarco

Wenn Polizei und gewaltbereite Demonstranten aufeinandertreffen, ist es ein ungleiches Spiel. Das eine Team ist schlecht ausgestattet, hat kaum Material, dafür ist es mobil, agil wie ein Rudel Wölfe. Ein Randalierer, gesetzlos, darf im Grunde alles. Die Polizei dagegen darf nicht alles, sie kämpft nach Regeln. Sie ist an hoheitliches Recht gebunden. Ihr Team trägt Panzer, ist langsam und schwerfällig. Aber wo es drübertrampelt, wächst kein Gras mehr. Wie bei einer Herde Elefanten.

Die Aktivisten jagten weiter die Straße entlang. Immer wieder brachen sie aus in die Seitenstraßen, Richtung Main. Aber am Ende dieser Straßen, Wohngebiete, standen Wände aus Polizisten. Der Ablauf war fast immer gleich: Die Demonstranten stürmten in die Straßen, warfen Steine oder schossen mit Feuerwerksraketen auf die Polizei. Die hielt die Formation, ant-

wortete mit Tränengas und stieß durch den Nebel vor, um die Aktivisten aus den Seitenstraßen herauszutreiben; sodann zog sie sich wieder zurück. So schwappte die Welle durch die Häuserschluchten hin und her. Den Demonstranten blieb nichts weiter übrig, als der Hauptstraße zu folgen.

Von der Hanauer Landstraße führt ein kleiner Park nach Süden hinunter an den Main. Dort sammelten sich die Demonstranten abermals. Etwa 1000 Menschen standen auf der Kreuzung vor der Flößerbrücke. Einige hatten brennende Barrikaden gebaut, auch ein Dixie-Klo in Brand gesteckt.

„Bitte denken Sie daran, Rauchgas ist hochgiftig“, mahnte die Polizei aus einem Wagen mit Lautsprecher. Zwei Wasserwerfer rückten an. Die Polizei forderte die Demonstranten auf: Wer friedlich sei, solle sich bitte entfernen. Dann wurde die Gruppe mit den schar-

fen Wasserstrahlen auseinandergetrieben. Die meisten Demonstranten flohen auf die Brücke, einige hundert zurück in die Parkanlage. Einige wenige blieben an Ort und Stelle, um sich den Wasserwerfern mit Steinen entgegenzustellen. Sie hielten nicht lange durch.

Während die Wasserwerfer die Brände löschten, versuchte eine Polizei-Einheit die Demonstranten auf der Brücke zu binden. Weitere Polizisten – aus Erfurt und Berlin – rückten an, um sie dabei zu unterstützen. Plötzlich lösten sich einige dieser heraneilenden Polizisten aus ihrer Gruppe und jagten auf die Randalierer zu. Die flohen die Grünanlage hinauf. Wer den Beamten im Weg stand, wurde umgerannt.

Die Truppen der Polizei bei einer solchen Demonstration lassen sich grob unterteilen: Es gibt Bereitschaftspolizisten, die sich meist in großen Gruppen bewegen. Sie

sind langsam und behäbig. Dann gibt es die „Beweis- und Festnahmeeinheiten“. Sozusagen Kriegselefanten. Sie bestehen aus mehreren kleinen Teams von fünf bis sechs Beamten, sie filmen, verfolgen und gehen in Menschengruppen hinein, um einzelne Personen festzunehmen. Sie agieren schnell, dynamisch und mit entsprechender Härte. Für eine solche Einheit meldet man sich freiwillig.

Die kleine Gruppe aus Polizisten jagte weiter den Demonstranten hinterher, als plötzlich eine große Gruppe blauer Gestalten auftauchte. Der blaue Finger. Die Berliner. Und die Italiener, die extra für die Demo angereist waren. Die Polizisten blieben stehen und zogen sich dann schnell zurück, während der blaue Finger die fliehenden Demonstranten aufnahm. Die Leute, die ganz außen liefen, verschränkten die Arme ineinander. So wurde aus der Gruppe ein großer, kompakter Block.

Die Italiener wussten nicht genau, wohin sie wollten. Immer wieder guckten die Männer, die vorne gingen, auf eine Karte. In einer Nebenstraße stieß der blaue Block abermals auf eine Wand aus Polizei. Eine zweite Polizeieinheit, die eben noch friedlich an der Gruppe vorbeigegangen war, machte die Straße hinter ihnen dicht. Der blaue Block war eingekesselt. Da war es neun Uhr.

Die Polizei entschied, die Personalien aller Demonstranten aufzunehmen. Man schaffte Dixie-Klos heran und begann, einzelne Leute aus der Gruppe rauszuholen. Um 13:45 Uhr war alles vorbei. Die Schlacht war anders verlaufen als gedacht. Bereits am Morgen um sechs Uhr, als sich die ersten Demonstranten auf den Weg zur EZB machten, kam es überall in der Stadt zu Überfällen auf Polizisten und Geschäfte. Weit weg von der Zentralbank. Auch das war von

Anfang geplant: den Kampf in die Stadt zu tragen. Die Polizei lief den Randalierern den ganzen Vormittag hinterher. Die blieben immer in Bewegung, waren nicht zu fassen. Als sie keine Lust mehr hatten, mussten sie nur ihre schwarzen Pullis und Masken ausziehen und in ihre Rucksäcke stecken.

Gegen Mittag liefen vier Senioren vom Bahnhof Richtung Innenstadt. Ihr Ziel war der Römer, wo um 14 Uhr eine Kundgebung stattfinden würde. Sie trugen Fahnen in Regenbogenfarben über der Schulter, auf denen das Wort „Pace“ stand. Ohne es zu merken, wedelten sie immer wieder mit ihren Fahnen in die Gesichter der Leute, die draußen vor den Cafés in der Sonne saßen. Vor der Zeil stießen die Senioren auf eine Polizeiblockade. Man dürfe keine Demonstranten durchlassen, sagte der Polizist. „Das ist kein Problem“, sagte der Rentner. „Hauptsache, man redet miteinander.“

Auf der Grünanlage, wo am Morgen noch Verfolgungsjagden stattgefunden hatten, chillten Blockpustisten. Sie hatten sich ihre schwarzen Pullis ausgezogen und die Hosenbeine hochgekrempelt. Einige von ihnen schliefen. Die Straße, in der die Polizei den blauen Finger eingekesselt hatte, war jetzt leer, abgesehen vom Dreck auf dem Asphalt. Der Boden war übersät mit Flugblättern. Ein Mann stieg von seinem Fahrrad und sammelte Pfandflaschen auf.

Vor der Europäischen Zentralbank war nichts los. Die Polizisten saßen hinter dem Stacheldraht zwischen ihren Autos im Schatten. Sie hatten ihre Helme ausgezogen und rauchten. Eine alte Französin mit zerzausten Haaren, die unter einer roten Mütze hervorguckten, studierte eine Karte. Sie sei extra aus Paris gekommen, sagte sie. Auf die Kundgebung habe sie keine Lust. „Mich interessieren diese offiziellen Statements nicht.“ Sie wollte hierbleiben und sich den EZB-Turm angucken. Deswegen sei sie ja schließlich in Frankfurt.

Auf dem Römer war die Stimmung ausgelassen. Die Leute tranken Bier und lauschten den schlechten Witzen von Urban Priol. In der Nähe der Paulskirche stand ein junger Mann mit verheilten Augen und spröden Lippen. Er schlug mit einer roten Fahne („Die Linke“) immer wieder auf die Montur eines Polizisten, an seine Brust. Der Polizist wehrte sich nicht.

Als der Junge immer heftiger heulte, legte ihm der Polizist die Hand auf die Schulter und sprach leise auf ihn ein. „Aber wir wollten heiraten“, schluchzte der Junge und wischte sich mit der Fahne die Tränen aus dem Gesicht. Die Kollegen des Polizisten saßen in einer Seitenstraße auf dem warmen Boden und beobachteten die Szene. Der Polizist redete weiter auf den Jungen ein, bis dieser endlich sein Telefon herausnahm und eine Nummer wählte. Er sprach wild in sein Handy. Plötzlich fing er an zu lachen – wie einer lacht, wenn Unverhofftes wahr wird. Der Junge strahlte den Polizisten an und stürmte in Richtung Kundgebung davon. Der Polizist sah ihm hinterher, hob zum Abschied den Arm und ging zu seinen Kollegen zurück. Die applaudierten ihm.

Samstags gehört Mutti mir

Karlsruher Richter verschaffen Verkäufern in Thüringen zwei freie Samstage im Monat - wird das zum Vorbild?

VON UTA RASCHE

Verkäufer in Thüringen haben es gut – oder? Sie müssen künftig an zwei Samstagen im Monat frei haben, ob sie wollen oder nicht. Das gibt es in keinem anderen Bundesland. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Regelung im Thüringer Ladenöffnungsgesetz in der vergangenen Woche bestätigt. Aus Sicht des klagenden Möbelhauses eine Katastrophe: Der Samstag ist der umsatzstärkste Tag im Möbelhandel, da wird jeder Verkäufer gebraucht. Der Geschäftsführer wertet: „Das Internet hat immer geöffnet, aber uns werden ständig neue Beschränkungen auferlegt, das ist verrückt!“

Nicht einmal die Verkäufer, denen das Thüringer Ladenschlussgesetz eigentlich helfen soll, freuen sich – zumindest nicht die im Möbelhandel. Denn sie bekommen Provisionen statt eines Festgehalts. Bis zu drei Viertel ihrer Provision verdienen sie am Samstag. „Ich komme weiter jeden Samstag, Verfassungsgerichts-Urteil

hin oder her“, sagt eine der Möbel-Verkäuferinnen dieser Zeitung. „Ich will hier schließlich nicht nur rumstehen, sondern Geld verdienen.“ Die Karlsruher Richter hatten hingegen argumentiert, der Schutz der Arbeitnehmer, ihrer Gesundheit und ihres Familienlebens habe Vorrang vor den Geschäftsinteressen der Händler. Daher sei die Einschränkung der Arbeitszeit der Verkäufer an den Wochenenden rechters.

Aus Sicht der Gewerkschaften steht Thüringen jetzt als Vorbild da. Und zwar mit einem Gesetz, das klingt, als hätte es Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Linkspartei gemacht. Hat er aber gar nicht. Denn das Gesetz stammt aus dem Jahr 2011, als eine große Koalition unter der CDU-Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht regierte. Verkehrte Welt? Nein – die Gewerkschaft Verdi verweist auf ihre gute Zusammenarbeit mit konservativen Politikern beim Schutz des Wochenendes, auch in anderen Bundesländern. Seite an Seite kämpfen Ge-

werkschaften, Kirchen und Unionspolitiker gegen verkaufsoffene Sonntage. Als die rot-rote Regierung in Berlin 2009 alle vier Adventssonntage zum Shopping freigeben wollte, wehrte sich Verdi zusammen mit den Kirchen dagegen. Mit Erfolg.

Geschäftsinhaber hingegen meinen in der Regel, dass die Leute mehr kaufen, wenn die Läden länger geöffnet sind. Diese These kann man aber auch für Unsinn halten. Ein Beispiel dafür ist Bayern. Dort sind die Ladenöffnungszeiten kürzer als in allen anderen Bundesländern. Trotzdem steht der Einzelhandel prächig da. Politisch will Verdi die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts künftig nutzen, um die Arbeitsbedingungen von Verkäufern zu verbessern. Das geht aber nur, wenn sich in den einzelnen Bundesländern politische Mehrheiten finden für ein ähnliches Gesetz wie in Thüringen.

Den Flickenteppich bei den Ladenöffnungszeiten gibt es überhaupt erst seit der Föderalismusre-

form im Jahr 2006. Darin ging die Kompetenz für die Ladenöffnungszeiten auf die Länder über. Inzwischen können Geschäfte fast überall werktags rund um die Uhr öffnen – in Bayern und im Saarland

aber nur von 6 bis 20 Uhr; in Rheinland-Pfalz und in Sachsen von 6 bis 22 Uhr. Für die Arbeitszeiten des Personals gilt in den meisten Bundesländern die Norm des alten Bundesladenschlussgesetzes



Beratungsintensiv: Die meisten Möbel werden samstags gekauft. Foto Picture Alliance

einfach weiter: Die Verkäufer „können verlangen“, an einem von vier Samstagen im Monat frei zu haben. Wie viele das auch wirklich tun? Das ist nicht bekannt.

Die Arbeitgeber befürchten, dass das Thüringer Beispiel Schule machen könnte. „Nicht hilfreich“ findet die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die verpflichtenden zwei freien Samstage im Monat. Sie sind sauer auf die Karlsruher Richter. Der Handelsverband denkt schon über Gegenmaßnahmen nach. Am liebsten wäre dem Verband, wenn Arbeitsministerin Nahles ein Gesetz auf den Weg brächte, dass das Bundesladenschlussgesetz als „abschließende Bundesregelung“ bezeichnet. Dann könnten die einzelnen Bundesländer keine eigenen Regeln mehr erlassen, die dann so ausfallen wie die in Thüringen.

Andere ostdeutsche Bundesländer orientieren sich allerdings bereits an Thüringen. Andreas Bernig, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Linken im rot-rot regierten Brandenburg, nennt die

Pflicht zu zwei arbeitsfreien Samstagen „vorbildlich“. Er sagt: „Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir in Brandenburg eine ähnliche Regelung finden.“ Brandenburgs Arbeitsministerin Diana Golze, ebenfalls von der Linkspartei, würde entsprechende Vorschläge zur Änderung des brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes aus dem Landtag „intensiv beraten und bewerten“.

Und Helmut Holter, Vorsitzender der Linksfaktion im Schweriner Landtag und früherer Arbeitsminister, stellt nun die „Bäderregelung“ in Mecklenburg-Vorpommern in Frage. In den Ostseebädern und Touristenorten, aber auch in den Städten Greifswald, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin können die Läden bisher zwischen März und Oktober an jedem Sonntag geöffnet sein. Doch Holter meint: „Das Gericht hat den Anspruch formuliert, dass das Familienleben zu schützen ist. Diesem Grundsatz entspricht es nicht, den ganzen Sommer hindurch an jedem Samstag und Sonntag zu arbeiten.“